



Herrn
Dr. Robert Habeck
Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz
Scharnhorststraße 35-37
10115 Berlin

- Der Vorsitzende -

Prof. Dr. Eckhard Janeba
Universität Mannheim
L7, 3-5, D-68131 Mannheim

TEL +49 (0) 621/ 181 1795/6

FAX +49 (0) 621/ 181 1794

E-MAIL janeba@uni-mannheim.de

INTERNET www.wissenschaftlicher-beirat.de

DATUM 13. Juli 2023

Rentenpolitik ist auch Wirtschaftspolitik

Sehr geehrter Herr Bundesminister Dr. Habeck,
gegenwärtig wird daran gearbeitet, die rentenpolitischen Absichten des Koalitionsvertrages in eine Kabinettsvorlage zu gießen. Der Beirat hat sich in mehreren Gutachten mit Fragen der Altersvorsorge beschäftigt. Im Vordergrund dieser Gutachten standen die langfristige Verlässlichkeit und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Altersversorgung: Rentenpolitik ist immer auch Wirtschaftspolitik. Der Beirat wendet sich mit diesem Brief mit der Bitte an Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, diese Punkte in die Ressortabstimmung der kommenden Gesetzesnovellen einzubringen.

1. Was die gesetzliche Rente angeht, soll laut Koalitionsvertrag das Mindestsicherungsniveau von 48% dauerhaft gesichert werden. Aufgrund der Alterung der Bevölkerung werden die Rentenausgaben in den nächsten Jahren deutlich und dauerhaft steigen. Die derzeitige Gesetzeslage sieht eine ausschließliche Finanzierung dieses Anstiegs durch eine Erhöhung des Bundeszuschusses vor. In seinem Gutachten vom Juni 2021 rechnet der Beirat aus, dass dies ceteris paribus schon in den 2040er Jahren dazu führen würde, dass mehr als die Hälfte des Bundeshaushalts in die Rente fließen würde. Die Gefahr ist groß, dass dadurch die Finanzierung von Zukunftsaufgaben verdrängt wird, etwa der sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft, aber auch vermehrte Bildungsanstrengungen und der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, welche die gesamtwirtschaftliche Produktivität Deutschlands sichern. Der Koalitionsvertrag sagt nicht, auf

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34 - 37
10115 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG U6 Naturkundemuseum
S-Bahn Berlin Hauptbahnhof

welche Personengruppen sich die Aufrechterhaltung des Mindestsicherungsniveaus bezieht. Der Beirat empfiehlt, hier Prioritäten zu setzen und warnt eindringlich davor, diesen Passus des Koalitionsvertrags auf alle Einkommensgruppen zu beziehen.

2. Wird das Mindestsicherungsniveau zumindest teilweise fixiert und haben die „Stellschrauben“ Beitragssatz und Bundeszuschuss ihre Grenzen, bekommt die vierte „Stellschraube“ der umlagefinanzierten Rentenversicherung ein besonderes Gewicht, nämlich das Renteneintrittsalter. Derzeit wird bis 2030 die Rente mit 67 graduell eingeführt. Allerdings findet die Mehrheit der Renteneintritte bereits vor dem Regelrentenalter statt. Hier kommt der „Rente mit 63“ eine besondere Bedeutung zu, da mit 260.000 Personen pro Jahr fast jeder dritte Eintritt in die Altersrente auf dieser Regelung basiert. Damit gehen der Rentenversicherung nicht nur eine große Zahl von Beitragszahlenden verloren. Entgegen landläufiger Vorstellung wird sie überwiegend von gut ausgebildeten, überdurchschnittlich verdienenden und gesünderen Menschen in Anspruch genommen. Da besonders viele hochqualifizierte Fachkräfte darunter sind, wird damit der durch die demographische Entwicklung entstehende Fachkräftemangel weiter verschärft. Die „Rente mit 63“ ist daher aus gesamtwirtschaftlicher Sicht eine höchst problematische Regelung. Wenn man sie nicht abschaffen möchte, empfiehlt der Beirat auch hier, Prioritäten zu setzen und sie nur denen zukommen zu lassen, die gesundheitlich und/oder einkommensmäßig weniger privilegiert sind.
3. Der Koalitionsvertrag sieht vor, die kapitalgedeckte Altersvorsorge zu stärken. Der Beirat begrüßt dies prinzipiell und verweist auf sein grundlegendes Gutachten vom Februar 1998, das die Rolle der Kapitaldeckung bei der gesamtwirtschaftlichen Risikominimierung betont. Die sogenannte Fokusgruppe private Altersvorsorge, die beim Bundesfinanzministerium angesiedelt ist, diskutierte verschiedene Optionen. Eine wichtige Erfahrung aus der Riesterrente ist, dass die individuelle kapitalgedeckte Altersvorsorge zu hohen administrativen Kosten führt. Auch die gesetzlich vorgeschriebenen Garantien haben die Kosten der individuellen Altersvorsorge erheblich vergrößert. Kollektive Altersvorsorgemodelle sind daher individuellen vorzuziehen. Der Schwerpunkt sollte nicht auf einen „öffentlich verantworteten Fonds“ gelegt werden. Die internationale Erfahrung zeigt, dass derartige Fonds unterdurchschnittliche Renditen abwerfen. Auch bei der vielzitierten schwedischen „Prämienrente“ wird der Defaultfonds AP7 in der ersten Säule privatwirtschaftlich verantwortet. Zudem hat Deutschland mit der Betriebsrente viele Modelle, die sich bewährt haben. Sie zu stärken und vor allem mittels einer Standardbetriebsrente auf kleinere und mittlere Unternehmen auszuweiten, erscheint dem Beirat die bessere Strategie zu sein als eine neue kapitalgedeckte Säule mit einer eigenen Administration aufzubauen. Erfahrungen dazu bietet z.B. Großbritannien.

Haltelinien, Renteneintrittsalter und Kapitaldeckung sind emotional aufgeladene und sozialpolitisch hoch umstrittene Themen, die zu kurzfristigen und taktischen Argumentationen einladen. Der Beirat bittet Sie,

Herr Bundesminister, daher, in der nun kommenden Diskussion die langfristige gesamtwirtschaftliche Perspektive zu betonen. Deutschland muss auch in der Sozialpolitik Prioritäten setzen, um trotz der Bevölkerungsalterung die Produktivität seiner Wirtschaft zu erhalten und zu stärken.

Mit freundlichen Grüßen

Professor Dr. Eckhard Janeba

(Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats)

**Der Brief wurde vorbereitet von folgenden Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats
beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz**

Professor Axel Börsch-Supan, Ph.D. (Federführung)
Direktor des Munich Center for the Economics of Aging (MEA)
am Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, München

Professor Dr. Eckhard Janeba (Vorsitzender)
Professor für Volkswirtschaftslehre insbesondere Finanzwissenschaft
und Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim

**Übrige Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats beim
Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz**

Prof. Dr. Dorothea Kübler (Stellvertretende Vorsitzende)
Direktorin der Abteilung „Verhalten auf Märkte“ am Wissenschaftszentrum
Berlin und Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität
Berlin

Professor Dr. Hermann Albeck
Em. Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität Saarbrücken

Professor Dr. Christian Bayer
Professor für Mikroökonomie
Leiter des Instituts für Makroökonomik und Ökonomie an der
Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Professor Dr. Stefan Bechtold
Professor für Immaterialgüterrecht
Departement Geistes-, Sozial- und Staatswissenschaften
an der ETH Zürich, Schweiz

Professor Dr. Dr. h.c. Peter Bernholz
Em. Professor für Nationalökonomie, insbesondere Geld- und Außenwirtschaft,
an der Universität Basel, Schweiz

Professor Dr. Norbert Berthold

Em. Professor für Volkswirtschaftslehre an der
Bayerischen Julius-Maximilians-Universität in Würzburg

Professor Dr. Felix Bierbrauer

Universität zu Köln, Center for Macroeconomic Research (CMR)
Albertus-Magnus-Platz, Köln

Professor Dr. Charles B. Blankart

Em. Professor für Wirtschaftswissenschaften
an der Humboldt-Universität zu Berlin

Professor Dr. Friedrich Breyer

Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität Konstanz

Professor Dr. Dr. h.c. Christoph Engel

Direktor am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern
Professor für Rechtswissenschaften
an der Universität Osnabrück

Professor Gabriel Felbermayr, Ph.D.

Professor für Volkswirtschaftslehre, insb. reale und monetäre Außenwirtschaft
Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim i.R.
Em.Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität Mannheim

Professor Marcel Fratzscher, Ph.D.

Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und
Professor für Makroökonomie und Finanzen
an der Humboldt-Universität Berlin

Prof. Dr. Nicola Fuchs-Schündeln

Professorin für Makroökonomie und Entwicklung an der Goethe-Universität

Professorin Christina Gathmann, Ph.D.

Lehrstuhl für Arbeitsmarktökonomie und Neue Politische Ökonomik
Alfred-Weber-Institut für Wirtschaftswissenschaften, Heidelberg

Professor Dr. Hans Gersbach

Professor für Makroökonomie, Innovation und Politik
CER-ETH – Center of Economic Research
an der ETH Zürich, Schweiz

Professor Dietmar Harhoff, Ph.D.

Direktor am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb, München
Professor für Betriebswirtschaftslehre
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Martin Hellwig, Ph. D.

Direktor am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern und
Professor an der Universität Bonn

Professor Dr. Roman Inderst

Professor für Finanzen und Ökonomie an der Universität Frankfurt/M.
House of Finance

Professor Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing

Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank i.R.
Frankfurt/Main

Professor Dr. Günter Knieps

Direktor des Instituts für Verkehrswissenschaft
und Regionalpolitik; Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Professor Dr. Dr. h.c. Wernhard Möschel

Em. Professor für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht
an der Universität Tübingen

Professor Dr. Axel Ockenfels

Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften
Staatswissenschaftliches Seminar
an der Universität zu Köln

Professorin Regina T. Riphahn, Ph.D.

Professor für Statistik und empirische Wirtschaftsforschung
an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Professor Dr. Albrecht Ritschl

Professor für Wirtschaftsgeschichte
an der London School of Economics

Professor Dr. Dr. h.c. Klaus Schmidt

Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Ludwig-Maximilians-Universität München

Professor Dr. Olaf Sievert

Präsident der Landeszentralbank in den Freistaaten Sachsen
und Thüringen, Leipzig i.R.,
Honorarprofessor Universität Saarbrücken

Professor Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn

Präsident des Ifo-Instituts München i.R.
Em. Professor für Nationalökonomie und Finanzwissenschaft
an der Universität München

Professor Dr. Jens Südekum

Düsseldorf Institute for Competition Economics
(DICE) an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Professor Dr. Roland Vaubel

Em. Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität Mannheim

Professor Achim Wambach, Ph.D.

Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim

Seite 8 von 9 Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität Mannheim

Professor Dr. Carl Christian von Weizsäcker
Em. Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität zu Köln

Professor Georg Weizsäcker, Ph.D.
Lehrstuhl für Mikroökonomische Theorie und Anwendungen
an der Humboldt-Universität zu Berlin

Professor Dr. Eberhard Wille
Em. Professor für Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft
an der Universität Mannheim

Professor Dr. Ludger Wößmann
Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München
Leiter, ifo Zentrum für Bildungsökonomik

Professorin Dipl.-Ing. Dr. Christine Zulehner
Professor für Volkswirtschaftslehre
an der Universität Wien

Ruhende Mitgliedschaften

Professorin Dr. Claudia M. Buch
Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank,
in Frankfurt am Main

Professorin Dr. Veronika Grimm
Professor für Volkswirtschaftslehre
Lehrstuhl für VWL, insb. Wirtschaftstheorie,
an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Professorin Dr. Dr. h.c. Monika Schnitzer
Professor für Volkswirtschaftslehre

